


Absender:

Datum:

Amtsgericht:
- Vollstreckungsgericht -

Anhebung des unpfändbaren Betrages (§ 850 f Abs. 1 Buchst. b/c ZPO)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Arbeitseinkommen/meine Lohnersatzleistung ist durch folgende Pfändungsbeschlüsse gepfändet: 

Pfändungs-Az.:

Gläubiger:

Pfändungs-Az.:

Gläubiger:

Pfändungs-Az.:

Gläubiger:


Ich beantrage, mir wegen spezifischer Bedarfslagen einen zusätzlichen Betrag in Höhe von _____ € als unpfändbar zu belassen (§ 850 f Abs. 1 ZPO).


Begründung

Meinem Arbeitgeber/Dem Sozialleistungsträger liegen die o.g. Pfändungsbeschlüsse vor. Nach Abzug der gem. § 850 a ZPO unpfändbaren Beträge verbleiben mir zur Zeit von meinem wiederkehrenden Einkommen nach der Pfändungstabelle (§ 850 c ZPO) monatlich ca. _____ €.

In meinem konkreten Pfändungsfall besteht eine **spezielle Bedarfslage**, die es erforderlich macht, den gemäß Pfändungstabelle (§§ 850 a, 850 c ZPO) zu belassenden unpfändbaren Einkommensanteil um weitere _____ € anzuheben.

Zusätzlich zum Pfändungs-Normalfall ist Folgendes zu berücksichtigen:

persönlichen Bedürfnisse: 

beruflichen Bedürfnisse: 

speziellen Bedarfslagen meiner Unterhaltsberechtigten: 

Da mir bis zur Entscheidung über den obigen Antrag keine ausreichenden Mittel für den laufenden Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, beantrage ich, die Zwangsvollstreckung in Höhe des Differenzbetrages einstweilen einzustellen bzw. den Antrag als besonders eilbedürftig zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

(Ort, Datum, Unterschrift)

Anlagen: Einkommensnachweise, Nachweis des krankheitsbedingten Mehraufwandes 